

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/13

19. Januar 1977

Solidarität mit Südafrikas schwarzer Mehrheit

Bei Eingeständnissen und moralischen Appellen darf es nicht bleiben

Von Wilhelm Dröcher

Schatzmeister der SPD und Präsident des Bundes sozialdemokratischer Parteien in der Europäischen Gemeinschaft

Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

Wir wollen keine Vorleistungen

Wiener Gespräche jetzt in ernsthafte Verhandlungen überleiten

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrollen

Seite 3 und 4 / 73 Zeilen

Jugendarbeitslosigkeit - und was tun ?

Zu den Vorschlägen der Kath. Bischöfe und des DGB

Von Karl Thorwirth MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Seite 5 und 6 / 74 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 817-224
Telefon: 21 90 38/39
Telex: 38 88 345-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 65 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Solidarität mit Südafrikas schwarzer Mehrheit

Bei Eingeständnissen und moralischen Appellen darf es nicht bleiben

Von Wilhelm Dröscher

Schatzmeister der SPD und Präsident des Bundes sozialdemokratischer
Parteien in der Europäischen Gemeinschaft

Die Woche des Protests gegen Südafrika, die vom 17. bis 21. Januar auf Initiative des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) durchgeführt wird, ist Anlaß, erneut darauf hinzuweisen, daß deutsche Sozialdemokraten nicht nachlassen dürfen, der unterdrückten schwarzen Mehrheit im südlichen Afrika zur Seite zu stehen. Druck auf die südafrikanische Regierung bleibt nicht folgenlos - das haben die letzten Wochen gezeigt. So hat Pretoria kurz vor Weihnachten eine größere Anzahl politischer Gefangener freigelassen, unter ihnen die Mitarbeiter des Christlichen Institutes in Johannesburg und einen Deutschen - Personen, für deren Freiheit wir uns seit geraumer Zeit eingesetzt haben.

Damit geben wir uns jedoch nicht zufrieden. Das Jahr 1977 wird nicht nur für die neue amerikanische Regierung und den deutschen Vertreter im Weltsechheitsrat einen deutlichen Südafrika-Akzent erhalten; darüber hinaus sind deutsche Sozialdemokraten vor die Aufgabe gestellt, den Grundwert Solidarität im Feld der Beziehungen zu Südafrika mit Leben zu füllen. Nach Lage der Dinge sind Aktivitäten in drei Bereichen unverzichtbar.

1/ Ökonomisch. Eine Schlüsselstellung für den gewaltfreien Übergang zu einer schwarzen Mehrheitsregierung liegt bei ausländischen Firmen mit Sitz in Südafrika, nicht zuletzt auch bei der deutschen Wirtschaftskolonie. Es ist gut zu wissen, daß Unternehmen aus den großen Industrieländern der südafrikanischen Regierung gegenüber verstärkt auf die Unhaltbarkeit der Apartheidpolitik hinzuweisen beginnen. So hat kürzlich der Vorsitzende der Anglo-Amerikanischen Südafrika-Gesellschaft, der Industrielle Harry S. Oppenheimer, die Einstellungsänderung führender Unternehmen bestätigt.

Bei Eingeständnissen und moralischen Appellen darf es jedoch nicht bleiben. Die internationale Solidarität mit den schwarzen Arbeit-

nehmern ist erst dann erfüllt, wenn die im Übrigen legalisierten schwarzen Gewerkschaften von den Arbeitgebern auch als Tarifpartner anerkannt werden. An diesem Punkt befindet sich die Arbeiterfrage in Südafrika noch auf dem Stand des 19. Jahrhunderts. Ferner muß jetzt endlich der Durchbruch in der Öffnung aller Tarifgruppen für schwarze Arbeitnehmer erfolgen, also die Verwirklichung des Grundsatzes gleicher Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied der Hautfarbe.

Im Übrigen wird in der Frage der Waffenexporte nach Südafrika eine Einigung auf EG-Ebene nötig, wenn die Alleingänge einzelner Staaten die bislang erfreuliche Haltung der Bundesrepublik auf Dauer nicht zur Farce machen sollen.

2/ Kulturell. Wir halten daran fest, daß das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika dringend revisionsbedürftig ist. Darin hat sich ein Apartheidsdenken niedergeschlagen, das unseren Vorstellungen von der Gleichheit aller Menschen widerspricht.

3/ Humanitär. Unsere unmittelbare Hilfe gilt den Familien, Schülern und Studenten, die in den Auseinandersetzungen der vergangenen Monate die Existenz- bzw. Ausbildungsgrundlage verloren haben oder gar ins Ausland fliehen mußten. Alle Sozialdemokraten sind deshalb aufgerufen, über den beim Parteivorsand eingerichteten Solidaritätsfonds Südafrika finanziell zu helfen. Es werden dringend Familienbeihilfen und Stipendien benötigt.

(-/15.1.1977/va/hgs)

+ + +

Wir wollen keine Vorleistungen

Wiener Gespräche jetzt in ernsthafte Verhandlungen überleiten

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrollen

Bei den MBFR-Gesprächen ist dreierlei feststellbar: Beide Seiten haben deutlich ihr Interesse an einer Fortsetzung der Gespräche bekundet. Beide Seiten sehen die Grenzen der Verhandlungsmöglichkeiten der jeweils anderen Seite heute deutlicher als 1973 und beide Seiten haben sich aufeinander zubewegt. Worin besteht das beiderseitige Entgegenkommen?

1/ Der Reduktionsvorschlag des Ostens vom 19. Februar 1976 signalisiert ein Einschwenken auf das Zweiphasenkonzept der NATO. Das Entgegenkommen besteht erstens in einer phasenverschobenen Reduktion und zweitens in einer vorgezogenen Reduktion amerikanischer und sowjetischer Truppen. Die NATO ihrerseits hat ihr Phasenkonzept relativiert, indem sie als Abstand zwischen den beiden Phasen einen festen Zeitraum vorschlug und darüber hinaus ihre Bereitschaft zeigte, in der zweiten Phase alle direkten Teilnehmer in die Reduktion einzubeziehen.

2/ Mit der Bekanntgabe der Zahl seiner im Raum der Reduzierung stehenden Truppen hat der Osten am 10. Juni 1976 eine Tür geöffnet für eine konkrete Detendiskussion und gleichzeitig ein politisches Signal gesetzt. Er ist damit vom Westen mehrfach vorgetragenen Forderungen entgegengewillig. Die genannten Personalstärken weichen um mehr als 150.000 Mann von den NATO-Schätzungen ab und stützen damit die östliche Argumentation, der zufolge bereits ein ungefähres Gleichstand gegeben sei. Die politische Bedeutung dieses Vorschlages liegt darin, daß der Osten zum ersten Mal Angaben über eigene militärische Stärken gemacht hat und daß er bereit ist, sie mit dem Westen zu diskutieren. Darüber hinaus könnte diese Vorlage östliches Verständnis für die westliche Vorstellung signalisieren, daß die Sicherheit in Europa auf einem ungefähren Gleichstand zwischen den beiden Blöcken beruhen müsse.

Die Reduzierungsquoten, die zu einer zwischen NATO und Warschauer Pakt zu vereinbarenden kollektiven Höchststärke führen, müssen bündnisintern unter Beteiligung aller Staaten aufgeteilt werden. Ich persönlich würde es für richtig halten, diese bündnisintern

vereinbarten Quoten der jeweils anderen Seite informell mitzuteilen. Die Inangasetzung der Phase I würde dadurch erleichtert, im Übrigen bliebe die Quotenaufteilung ohnehin nicht geheim. Jedenfalls: Keine einseitige Leistung, weder im Westen, noch im Osten, keine diskriminierende Behandlung der Bundeswehr! Durch ein solches Vorgehen darf der westeuropäische Einigungsprozeß nicht verbaut werden; auch nicht sicherheitspolitisch.

In Wien beginnt jetzt die Datendiskussion, d.h. beide Seiten versuchen sich auf einheitliche Kriterien für die Datenerhebung zu einigen und jede Seite nennt dann ihre Truppenstärken, die sich nach diesen Kriterien ergeben. Zu dieser bevorstehenden Diskussion ist festzustellen:

- 1/ Die NATO-Staaten haben hartnäckig auf einer Datendiskussion bestanden. Das bedeutet doch auch, daß die vom Westen angenommenen Truppenstärken der Warschauer Fakt-Staaten im Reduzierungsraum unter dem Vorbehalt des Ergebnisses der Datendiskussion stehen. Asymmetrische Reduktion ist nur dort durchführbar, wo Asymmetrien bestehen, d.h. auch die NATO-Forderung nach asymmetrischer Reduktion zur Erreichung einer gemeinsamen Höchststärke steht unter dem Vorbehalt des Ergebnisses der Datendiskussion.
- 2/ Der Osten hat sich zum ersten Mal bereitgefunden seine Truppenstärken anzugeben, und sich auch bereiterklärt, die Zahlen zu diskutieren. Noch vor wenigen Jahren hielten wir das für unmöglich.
- 3/ Die verantwortlichen Regierungen müssen dafür Sorge tragen, daß die Datendiskussion sich nicht im Dickicht verheddert.

Jeder, der es mit der Entspannungspolitik wirklich ernst meint, muß einsehen, daß Datendiskussion und die Definition des Begriffs Parität noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Deshalb sollte die Frage aufgeworfen werden, ob Ost und West nicht gut beraten wären, wenn sie sich sehr bald auf einen ersten kleinen Reduzierungsschritt verständigen würden, falls das unseren Grundsatz über das Common Ceiling-Konzept unberührt läßt. Angesichts der zu beobachtenden Rüstungsanstrengungen und der Verschärfung des internationalen Dialogs, wäre es ein Zeichen von Verantwortungsbewußtsein, wenn ein Abkommen ernsthaft angestrebt würde, welches die weitere Aufrüstung in Mitteleuropa unterbindet.

Zum gegenwärtigen Stand der Entspannungsdiskussion ist festzustellen, daß eine begrenzte Reduktion von Streitkräften beider Seiten kein Sicherheitsrisiko schafft, jedoch ein wesentliches Element im Entspannungsprozeß bedeuten würde. Insgesamt möchte ich feststellen:

Wir wollen keine Vorleistungen. Uns geht es darum, die bisherigen Gespräche in Wien in ernsthafte Verhandlungen überzuleiten.

(-/19.1.1977/vc/hgs)

+ + +

Jugendarbeitslosigkeit - und was tun ?

Zu den Vorschlägen der Kath. Bischöfe und des DGB

Von Karl Thorwirth MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Das Kommissariat der deutschen Bischöfe und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben im Dezember 1976 eine gemeinsame Erklärung über Maßnahmen zur Überwindung der Berufenot und der Arbeitslosigkeit Jugendlicher herausgegeben. Diese Stellungnahme muß auch aus unserer Sicht ausdrücklich begrüßt werden. Im ersten Teil wird die Auswirkung von Berufenot und Jugendarbeitslosigkeit detailliert beschrieben. Es ist wirklich so, daß sich bei langandauernder Arbeitslosigkeit die Einstellung zu Ausbildung, Beruf und Arbeitslosigkeit zu ändern vermag. "Das Verhältnis zu den Grundwerten unserer Gesellschaft und unserer Demokratie wird dadurch erheblich gestört." Mutlosigkeit, Niedergeschlagenheit und Existenzangst sind die Folge des Mangels an qualifizierten Ausbildungsplätzen und von Jugendarbeitslosigkeit, Konkurrenz- und Verdrängungseffekte haben insbesondere Jugendliche ohne Schülerabschluß "abgehängt", heißt es in der Erklärung.

Kritisiert wurde weiter der Abbau von Berufsschulrechten Jugendlicher durch eine vorzeitige Ableistung der Berufsschulpflicht. Das Kommissariat der deutschen Bischöfe und der DGB stimmen darin überein, daß entscheidende Verbesserungen im Interesse der Schulabgänger und der arbeitslosen Jugendlichen notwendig sind. Die bisherigen Sonderprogramme der Bundesregierung und der Landesregierungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit müßten aufeinander abgestimmt werden.

Für den Ausbildungsbereich wird die Nutzung aller schulischen und außerschulischen Bildungsangebote sowie die Weiterentwicklung der gesetzlichen Bildungsangebote sowie die Weiterentwicklung der gesetzlichen Form einer Ausbildungsfinanzierung hervorgehoben. "Die Jugend in unserer Gesellschaft braucht Perspektiven für eine persönliche, berufliche und gesellschaftliche Zukunft. Sie ist auf die Solidarität aller Verantwortlichen angewiesen."

Darüber hinaus werden konkrete Maßnahmen zur Behebung der Berufenot und zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit vorgeschlagen. Hier ergibt sich eine

zum Teil bis ins Detail reichende Übereinstimmung mit den Vorstellungen der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt, aber auch mit den Vorschlägen der SPD-Landtagsfraktion vom Anfang Dezember 1976. Im einzelnen haben DGB und Katholiken angeregt:

- Verbesserung der Situation in den Grund-, Haupt- und Sonderschulen in qualitativer und quantitativer Hinsicht;
- Einführung des 10. Vollzeitschuljahres;
- Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung;
- Einführung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres als Pflichtangebot in Regionen und Berufsbereichen, bei Anerkennung als Ausbildungszeit und Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz;
- Ausbau und zusätzliche Errichtung beruflicher Vollzeitschulen;
- verstärkter Ausbau zusätzlicher berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen;
- Nutzung und Ergänzung des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes/Weiterentwicklung des gesetzlichen Finanzierungsinstrumentariums;
- Erhöhung des Angebotes an qualifizierten Ausbildungsplätzen durch Betriebe und Verwaltungen (Auszubildende-Quote für den öffentlichen Dienst von mehr als fünf vH);
- Weiterentwicklung der Ausbildungsinhalte zur Erreichung breit angelegter beruflicher Erstausbildung und dazu Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten;
- Ausbau des Angebotes im außerschulischen Bereich;
- Eingliederungshilfen für besonders benachteiligte Gruppen Jugendlicher;
- Verhinderung unterwertiger Beschäftigung Jugendlicher und Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung.

In einigen Punkten hat die SPD-Landtagsfraktion bereits Initiativen eingeleitet, so vor allem im bildungspolitischen Bereich. Weitere Initiativen, wie sie teilweise schon in der Aussprache zur Regierungserklärung angedeutet waren, werden folgen. Weil die Frage der Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme nicht mit den klassischen Mitteln der Konjunkturpolitik bewältigt werden kann, werden wir auch Anträge stellen, die in "normalen" Zeiten nicht gestellt würden. Wir meinen: Bund und Länder, besonders aber auch Rheinland-Pfalz, das mit der Jugendarbeitslosigkeit besonders ungünstig dasteht, müssen bereit sein, in außergewöhnlichen Zeiten auch außergewöhnliche Maßnahmen zu treffen, wenn auch nur befristet. Wenn aber die CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz bei der Vorstellung ihres Vorsitzenden bleibt, daß nichts getan werden soll, weil jede zusätzlich eingehende Mark nur zur Verminderung des Nettokreditbedarfs verwendet werde, dann werden wir dies als das bezeichnen, was es ist: als einen Skandal.

Eine Regierung und eine Regierungsfraktion können nicht die Situation auf dem rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt zum Thema Nr. 1 erklären, aber nicht eine Mark an zusätzlichen Mitteln bewilligen. (19.1.1977/vc/hgs)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Helmut G. Schmidt